

Deloitte.



German Desk Report

Deloitte Tschechische Republik

September 2016



Umfrage von Deloitte zur Generation Y für das Jahr 2016



Welche Auswirkung wird die neue EU-Richtlinie über die Angabe nichtfinanzieller Informationen ab Januar 2017 auf Unternehmen haben?



Die Zeit ist gekommen, sich auf die EU-Datenschutzreform vorzubereiten



Europäische Kommission – Paket mit Maßnahmenentwürfen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung



Die Finanzverwaltung informierte über die Ergebnisse der Kontrollen auf dem Gebiet der Verrechnungspreise



Änderung der Regeln für die Erbringung von Dienstleistungen Unternehmen von öffentlichem Interesse durch deren Prüfer



Novellierung des Gesetzes über die Strafmündigkeit juristischer Personen und Verfahren gegen sie

German Desk Report – September 2016

Umfrage von Deloitte zur Generation Y für das Jahr 2016

2

Die nächste Generation der Führungskräfte für sich gewinnen

Zwei Drittel der Millennials drücken den Wunsch aus, ihren Arbeitgeber bis 2020 zu wechseln. Unternehmen müssen die Art und Weise, wie sie bei den Arbeitnehmern der Generation Y Loyalität fördern, anpassen, oder den Verlust einer hohen Anzahl an Arbeitskräfte riskieren.

Zusammenfassung

Der fünften Auflage der Umfrage zur Generation Y der Gesellschaft Deloitte

zufolge zeigen die Millennials allgemein wenig Loyalität ihren bestehenden Arbeitgebern gegenüber, und viele haben vor, sie zeitnah zu verlassen. Dieser bemerkenswerte Mangel an Treue stellt eine ernste Herausforderung für jedes Unternehmen dar, das eine hohe Zahl von Millennials beschäftigt. Dies gilt insbesondere für Unternehmen in solchen Märkten, in denen die Millennials derzeit den größten Teil der Arbeitskräfte darstellen, wie z. B. in den Vereinigten Staaten. Da sich jedoch die meisten jungen Berufstätigen

für Unternehmen entscheiden, die ihre persönlichen Werte teilen, ist es für die Arbeitnehmer noch nicht zu spät, diese „Loyalitäts herausforderung“ zu meistern. Im September und Oktober 2015 befragte Deloitte fast 7 700 Millennials aus 29 Ländern, um über die Werte und Ambitionen, die Treiber der Arbeitszufriedenheit und ihre zunehmende Vertretung in der Geschäftsleitung mehr zu erfahren.

[Hier](#) finden Sie weitere Informationen.

➤ Umfrage von Deloitte zur Generation Y für das Jahr 2016

➤ Welche Auswirkung wird die neue EU-Richtlinie über die Angabe nichtfinanzieller Informationen ab Januar 2017 auf Unternehmen haben?

➤ Die Zeit ist gekommen, sich auf die EU-Datenschutzreform vorzubereiten

➤ Europäische Kommission – Paket mit Maßnahmenentwürfen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung

➤ Die Finanzverwaltung informierte über die Ergebnisse der Kontrollen auf dem Gebiet der Verrechnungspreise

➤ Änderung der Regeln für die Erbringung von Dienstleistungen von Unternehmen von öffentlichem Interesse durch deren Prüfer

➤ Novellierung des Gesetzes über die Strafmündigkeit juristischer Personen und Verfahren gegen sie

German Desk Report – September 2016

Welche Auswirkung wird die neue EU-Richtlinie über die Angabe nichtfinanzieller Informationen ab Januar 2017 auf Unternehmen haben?

- Obwohl die Erstellung eines Berichts mit nichtfinanziellen Informationen in Europa bisher nicht verbindlich ist, wird sich die Situation ab Januar 2017 im Anschluss an die Einführung der neuen Richtlinie 2014/95/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über die Angabe nichtfinanzieller Informationen ändern. Den vollständigen Wortlaut der Richtlinie finden Sie [hier](#).
- Diese Richtlinie wird das Finanzberichterstattungsmodell bei circa 6 000 großen Unternehmen und Gruppen in der Europäischen Union beeinflussen.

Ab 1. Januar 2017 werden große Unternehmen, die mehr als 500 Mitarbeiter beschäftigen und Unternehmen von öffentlichem Interesse sind, verpflichtet, bestimmte nichtfinanzielle Informationen zu veröffentlichen. Die neue EU-Richtlinie

verlangt, dass diese Unternehmen Informationen über das Geschäftsmodell des Unternehmens, die Konzepte, Risiken und Ergebnisse einschließlich der angewandten Due-Diligence-Prozesse in Bezug auf Umwelt-, Sozial- und Arbeitnehmerbelange, auf die Achtung der Menschenrechte und auf die Bekämpfung von Korruption und Bestechung sowie Diversität im Vorstand veröffentlichen.

Dieser Richtlinie zufolge können sich die betroffenen Unternehmen auf internationale, unionsbasierte oder nationale Rahmenwerke, die sie für geeignet halten (beispielsweise das Rahmenwerk der Global Reporting Initiative, GRI), stützen. Diese Richtlinie räumt den betroffenen Unternehmen auch ein gewisses Maß an Flexibilität ein, und die Unternehmen können selbst entscheiden, ob sie die geforderten nichtfinanziellen Informationen im

Jahresbericht oder in einem selbständigen Bericht über unternehmerische Nachhaltigkeit veröffentlichen werden. Dabei ist es nicht vorrangig, den rechtlichen Anforderungen als solchen nachzukommen, sondern sicherzustellen, dass diese Anforderungen für die örtlichen interessierten Subjekte relevant und nützlich sind.

Wie es aus den Ergebnissen der von der Gesellschaft Deloitte unter Finanzdirektoren in Mitteleuropa 2015 durchgeführten Umfrage zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen ersichtlich ist, passt sich eine Reihe von Unternehmen an die neuen Finanzberichterstattungsmethoden bereits an und veröffentlicht oftmals schon einen eigenständigen Bericht, der nichtfinanzielle Angaben enthält. Man muss jedoch anmerken, dass 92 % der Investoren angibt, dass finanzielle und nichtfinanzielle Angaben mehr integriert

Umfrage von Deloitte zur Generation Y für das Jahr 2016

Welche Auswirkung wird die neue EU-Richtlinie über die Angabe nichtfinanzieller Informationen ab Januar 2017 auf Unternehmen haben?

Die Zeit ist gekommen, sich auf die EU-Datenschutzreform vorzubereiten

Europäische Kommission – Paket mit Maßnahmenentwürfen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung

Die Finanzverwaltung informierte über die Ergebnisse der Kontrollen auf dem Gebiet der Verrechnungspreise

Änderung der Regeln für die Erbringung von Dienstleistungen von Unternehmen von öffentlichem Interesse durch deren Prüfer

Novellierung des Gesetzes über die Strafmündigkeit juristischer Personen und Verfahren gegen sie

German Desk Report – September 2016

werden sollten, und 80 % der europäischen Direktoren nimmt an, dass die Integration finanzieller und nichtfinanzieller Angaben in einen Bericht fundamental für den Erfolg sein könnte. 79 % der Befragten gab an, dass diese integrierten Berichte das Entscheiden erleichtern, wobei 82 % der Befragten bereits Änderungen in der Veröffentlichung von Angaben zur Leistungsfähigkeit des Unternehmens vorgenommen hat. Des Weiteren geht aus der Umfrage hervor, dass 73 % der Finanzdirektoren eine starke Verbindung zwischen Nachhaltigkeit und finanzieller Leistungsfähigkeit sieht, und 80 % der Direktoren setzt voraus, dass nachhaltigkeitsbezogene Fragen die Entwicklung von Prozessen im Bereich Abschlussprüfung und Kapitalbeschaffung beeinflussen können. Mehr Informationen zu der Umfrage finden Sie [hier](#).

Ein gutes Beispiel ist die Gesellschaft Plzeňský Prazdroj [Pilsner Urquell], der die Gesellschaft Deloitte den Preis für den besten Nachhaltigkeitsbericht in Zentraleuropa (sog. Green Frog Award) verliehen hat und die den Prozess der Berichterstattung von nichtfinanziellen Informationen als Führungsinstrument benutzt. Dies ermöglicht der Gesellschaft, die wichtigsten Indikatoren zu sammeln und zusammenzufassen, und zu beurteilen, wie die Gesellschaft ihrer Strategie der gesellschaftlichen Verantwortung und den in diesem Bereich gesetzten Zielen nachkommt. Der Nachhaltigkeitsbericht ist sicherlich nicht nur ein Impuls für die Aufnahme von Tätigkeiten, sondern bietet gleichzeitig einen Gesamtblick auf die Gesellschaft auf Grund der mit dem Geschäftsergebnis zusammenhängenden Werte. Die 16. Auflage des Green Frog Award-Wettbewerbs wurde bereits

eröffnet und Gesellschaften, die daran teilnehmen wollen, können ihre Nachhaltigkeitsberichte bis 16. September 2016 einreichen. Mehr Informationen zu dem Wettbewerb finden Sie [hier](#).

„Die Berichterstattung von nichtfinanziellen Informationen ist für uns von außerordentlicher Wichtigkeit. Die Gesellschaft Plzeňský Prazdroj ist schon seit 174 Jahren auf dem Markt tätig, wobei das Bier unabdingbar zur tschechischen Gesellschaft gehört. Im Laufe der Zeit sind wir also dahin gekommen, dass wir nicht nur Zahlangaben über unsere Gesellschaft veröffentlichen, sondern auch darüber informieren, wie wir das Unternehmen betreiben,“ sagt Paolo Lanzarotti, Generaldirektor der Gesellschaft Plzeňský Prazdroj. Das ganze Gespräch finden Sie [hier](#).



Umfrage von Deloitte zur Generation Y für das Jahr 2016



Welche Auswirkung wird die neue EU-Richtlinie über die Angabe nichtfinanzieller Informationen ab Januar 2017 auf Unternehmen haben?



Die Zeit ist gekommen, sich auf die EU-Datenschutzreform vorzubereiten



Europäische Kommission – Paket mit Maßnahmenentwürfen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung



Die Finanzverwaltung informierte über die Ergebnisse der Kontrollen auf dem Gebiet der Verrechnungspreise



Änderung der Regeln für die Erbringung von Dienstleistungen Unternehmen von öffentlichem Interesse durch deren Prüfer



Novellierung des Gesetzes über die Strafmündigkeit juristischer Personen und Verfahren gegen sie

German Desk Report – September 2016

Das Ziel der Europäischen Kommission ist es, die Transparenz der Langzeitstrategien der Unternehmen zu erhöhen. Dies sollte dadurch erzielt werden, dass die Unternehmen ihr Geschäftsmodell klar vorstellen, dass sie nachweisen, wie sie Werte schaffen, und dass sie näher erklären, worauf ihre Aktivitäten in der Zukunft zusteuern. Notwendig ist dazu die Versicherung Dritter und die Offenheit gegenüber neuen Herausforderungen (wie z. B. Vergleich der finanziellen Bewertung von Frauen und Männern innerhalb des Unternehmens). Die Transparenz ermöglicht den Unternehmen, einen Bericht zu erstellen, der Informationsquelle für Investoren sowie Mitarbeiter sein kann und dessen Ziel es ist, Vertrauen zu schaffen.

„Die Änderung der Berichterstattung kann eine Reihe von Vorteilen mit sich bringen, die die wirtschaftliche Gesundheit der

Unternehmen in Zentral- und Osteuropa stärken werden. Auf Grund unserer umfangreichen Erfahrungen, die wir durch die Unterstützung bei der Erarbeitung von Berichten mit nichtfinanziellen Angaben gewonnen haben, kann man sagen, dass Unternehmen nichtfinanzielle Angaben veröffentlichen, um weitere Zusatzleistungen zu erreichen, wie z. B. die Stärkung interner Systeme der strategischen Führung im Unternehmen, Verstärkung der Marktwahrnehmung, Aufbau von Beziehungen, Verbesserung des Images der Gesellschaft und Erhöhung der Transparenz. Die Anwendung von Prozessen im Bereich nachhaltige Entwicklung, verantwortungsvolles Geschäftsgebaren und qualitativ hochwertige Berichterstattung erhöhen gleichzeitig die Motivation und das Selbstbewusstsein der Mitarbeiter und unterstützen die erforderliche Unternehmenskultur,“ sagt Irena Pichola,

Partnerin in der Gesellschaft Deloitte und Leiterin der Beratungsdienstleistungen im Bereich Nachhaltigkeit in Zentraleuropa.

Die Aufnahme nichtfinanzieller Informationen in die Berichterstattung kann mit der revolutionären Änderung bei der Erstellung von Jahresabschlüssen vor einigen Jahren verglichen werden. Seit 2005 werden in ganz Europa einheitliche Standards verwendet, nämlich internationale Rechnungslegungsstandards IFRS (International Financial Reporting Standards) und IAS (International Accounting Standards), die nebst Gesellschaften, die dazu verpflichtet wurden (d.h. an Börsen der EU notierte Gesellschaften), auch viele andere Gesellschaften eingeführt haben.

Viele Gesellschaften haben dieses System angenommen, weil die Standardisierung es den Investoren ermöglichte, die Anga-

➤ Umfrage von Deloitte zur Generation Y für das Jahr 2016

➤ Welche Auswirkung wird die neue EU-Richtlinie über die Angabe nichtfinanzieller Informationen ab Januar 2017 auf Unternehmen haben?

➤ Die Zeit ist gekommen, sich auf die EU-Datenschutzreform vorzubereiten

➤ Europäische Kommission – Paket mit Maßnahmenentwürfen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung

➤ Die Finanzverwaltung informierte über die Ergebnisse der Kontrollen auf dem Gebiet der Verrechnungspreise

➤ Änderung der Regeln für die Erbringung von Dienstleistungen von Unternehmen von öffentlichem Interesse durch deren Prüfer

➤ Novellierung des Gesetzes über die Strafmündigkeit juristischer Personen und Verfahren gegen sie

German Desk Report – September 2016

ben und Bedingungen der Gesellschaft mit Konkurrenzgesellschaften und internationalen Gesellschaften zu vergleichen. Wenn die Gesellschaften aus vorigen Erfahrungen ihrer führenden Vertreter im Bereich der Berichterstattung nichtfinanzieller Informationen schöpfen könnten und bestimmen könnten, welchen Wert dieser Prozess der Gesellschaft über die reine Einhaltung von Rechtsvorschriften hinaus bringen könnte, wird es für sie sicherlich leichter sein, den neuen Anforderungen der EU nachzukommen.

„Damit die Gesellschaften auf die neue Gesetzgebung, die im Januar 2017 in Kraft tritt, vorbereitet sind, sollten sie mit den Vorbereitungen jetzt schon anfangen. Verlangt wird mehr als die bloße Einhaltung von Rechtsvorschriften, denn die neue Gesetzgebung wird die wichtigste Langzeitstrategie der Gesellschaft sowie die Art und Weise, auf der die Gesellschaft aktiv die Auswirkungen ihrer Tätigkeiten im Bereich Wirtschaft, Umwelt und Sozialwesen leitet, beeinflussen. Die Gesellschaft Deloitte bietet in dieser Hinsicht eine Reihe an Dienstleistungen, zum Beispiel die Vorbereitung und Anwendung von Nachhaltigkeitsstrategien, Erarbeitung der Berichte mit nichtfinanziellen Informationen, der Strategie im Bereich energetische

Nachhaltigkeit und Diversitätsmanagement,“ sagt Lenka Neuvirtová, Direktorin von Deloitte und Leiterin der Nachhaltigkeitsinitiative bei Deloitte Tschechische Republik.

In der Tschechischen Republik wird die neue EU-Richtlinie über die Angabe nichtfinanzieller Informationen in die tschechische Gesetzgebung durch die Novellierung des Buchführungsgesetzes mit vorgeschlagenem Inkrafttreten ab 1. Januar 2017 umgesetzt. Der Novellierungsentwurf wird jetzt im Abgeordnetenhaus in zweiter Lesung behandelt.

➤ Umfrage von Deloitte zur Generation Y für das Jahr 2016

➤ Welche Auswirkung wird die neue EU-Richtlinie über die Angabe nichtfinanzieller Informationen ab Januar 2017 auf Unternehmen haben?

➤ **Die Zeit ist gekommen, sich auf die EU-Datenschutzreform vorzubereiten**

➤ Europäische Kommission – Paket mit Maßnahmenentwürfen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung

➤ Die Finanzverwaltung informierte über die Ergebnisse der Kontrollen auf dem Gebiet der Verrechnungspreise

➤ Änderung der Regeln für die Erbringung von Dienstleistungen von Unternehmen von öffentlichem Interesse durch deren Prüfer

➤ Novellierung des Gesetzes über die Strafmündigkeit juristischer Personen und Verfahren gegen sie

German Desk Report – September 2016

Die Zeit ist gekommen, sich auf die EU-Datenschutzreform vorzubereiten

Am 14. April 2016 billigte das Europäische Parlament nach nahezu vier Jahren neue Regelungen im Bereich des Schutzes personenbezogener Daten, die die bestehenden Datenschutzvorschriften aus dem Jahr 1995 ersetzen sollen. Datenverwalter und Bearbeiter werden somit neu verpflichtet, eine detailliertere Dokumentation über die Bearbeitung personenbezogener Daten zu führen, einen Datenschutzinspektor zu benennen und weitere Pflichten zu erfüllen. Sollten sie den neuen Pflichten nicht nachkommen, wird ihnen eine Geldbuße bis zu 20 000 000 Euro oder bis zu 4 % des weltweit erzielten Jahresumsatzes drohen. Konkret wurden eine Datenschutz-Grundverordnung und eine Richtlinie über die Datenübertragungen zu polizeilichen und gerichtlichen Zwecken beschlossen. Die Datenschutzverordnung wird zunächst im EU-Amtsblatt veröffentlicht und tritt 20 Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

Zwei Jahre nach der Veröffentlichung wird die Verordnung direkt wirksam und in allen Mitgliedstaaten einklagbar.

Die Hauptänderung, die die Datenschutzverordnung im Vergleich zu den bestehenden Vorschriften mit sich bringt, ist ihre direkte Wirksamkeit. Das heißt, dass sobald die Datenschutzverordnung in Kraft tritt, sie in allen Mitgliedstaaten direkt anwendbar wird, ohne durch spezielle nationale Vorschriften umgesetzt werden zu müssen. Mit dem Inkrafttreten der Datenschutzverordnung werden also gleiche Datenschutzregeln in sämtlichen Mitgliedstaaten gelten, ausgenommen die Staaten, die sich eine Ausnahme vorbehalten haben (d.h. Großbritannien, Irland und Dänemark).

Neu wird auch der Wirkungsbereich der Datenschutzverordnung geregelt, die sich

neu auch auf Datenverwalter beziehen wird, die ihren Sitz zwar nicht in der EU haben, aber die Datenverarbeitung im Zusammenhang mit dem Angebot von Waren und Dienstleistungen auf dem EU-Gebiet oder mit der Überwachung des Verhaltens von natürlichen Personen innerhalb der EU durchführen.

Die Datenschutzverordnung bringt weiterhin die Anpassung von Rechtsinstituten mit sich, die aus der Sicht der Europäischen Kommission mit Hinblick auf die Technologieentwicklung kodifiziert werden mussten. Sämtliche Auskünfte und Bekanntmachungen im Zusammenhang mit der Datenverarbeitung müssen in klarer und verständlicher Sprache und gängiger Form verfügbar sein, wobei dies in Bezug auf Informationen, die für Kinder bestimmt sind, besonders hervorgehoben wird. Das Kind kann die Zustimmung zur

➤ Umfrage von Deloitte zur Generation Y für das Jahr 2016

➤ Welche Auswirkung wird die neue EU-Richtlinie über die Angabe nichtfinanzieller Informationen ab Januar 2017 auf Unternehmen haben?

➤ Die Zeit ist gekommen, sich auf die EU-Datenschutzreform vorzubereiten

➤ Europäische Kommission – Paket mit Maßnahmenentwürfen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung

➤ Die Finanzverwaltung informierte über die Ergebnisse der Kontrollen auf dem Gebiet der Verrechnungspreise

➤ Änderung der Regeln für die Erbringung von Dienstleistungen Unternehmen von öffentlichem Interesse durch deren Prüfer

➤ Novellierung des Gesetzes über die Strafmündigkeit juristischer Personen und Verfahren gegen sie

German Desk Report – September 2016

Datenverarbeitung erst ab dem 16. Lebensjahr erteilen, vor dem Erreichen dieses Alters muss die Zustimmung der gesetzlichen Vertreter erteilen. Der Datenverwalter muss sich entsprechend bemühen, um zu überprüfen, dass die Zustimmung tatsächlich vom gesetzlichen Vertreter erteilt wurde. Die Mitgliedstaaten können die Grenze für das Erteilen der Zustimmung der Datenverarbeitung durch das Kind anpassen, wobei diese Grenze nicht unter dem 13. Lebensjahr liegen darf. Natürliche Personen, die als Kinder ihre personenbezogenen Angaben zur Verarbeitung zur Verfügung gestellt haben, können im Einklang mit der Datenschutzverordnung ihre Löschung verlangen.

Zu den detaillierter angepassten Rechtsinstituten zählt das Recht auf Änderung und Löschung und neu das ausdrücklich geregelte Recht auf Vergessenwerden und

das Recht auf Datenübertragbarkeit. Das Recht auf Vergessenwerden ermöglicht dem Subjekt, unter bestimmten Bedingungen, z. B. beim Widerruf der Zustimmung zur Verarbeitung, vom Datenverwalter die Löschung der Daten zu verlangen und auf weitere Verarbeitung zu verzichten. Das Recht auf Datenübertragbarkeit ermöglicht der natürlichen Person, eine Kopie der diese Person betreffenden verarbeiteten Daten zu erhalten, oder ermöglicht der Person, ihre Daten an einen anderen Dienstleister zu übertragen (z. B. Anbieter der elektronischen Kommunikation).

Verwalter und Bearbeiter sind der Datenschutzverordnung zufolge verpflichtet, eine detailliertere Dokumentation bezüglich der Datenverarbeitung zu führen. Des Weiteren ist der Verwalter oder Bearbeiter verpflichtet, umfassende,

durch die Datenschutzverordnung festgelegte Anforderungen in puncto Datensicherheit zu erfüllen und gegebenenfalls, bei Erfüllung bestimmter Bedingungen, eine Beurteilung der Auswirkungen auf den Datenschutz zu erarbeiten. Gesellschaften, deren Tätigkeit in umfangreicher, regelmäßiger und systematischer Verfolgung von Angaben oder umfangreicher Verarbeitung von besonderen Kategorien von Angaben besteht, sind im Einklang mit der Datenschutzverordnung neu verpflichtet, einen Datenschutzinspektor zu benennen.

Die Datenschutzverordnung erlegt den Verwaltern und Bearbeitern die Pflicht auf, Verletzungen des Datenschutzes zu melden. Der Verwalter ist verpflichtet, eine etwaige Verletzung des Datenschutzes der Datenschutzbehörde innerhalb von 72 Stunden ab dem Moment, in dem er von



Umfrage von Deloitte zur Generation Y für das Jahr 2016



Welche Auswirkung wird die neue EU-Richtlinie über die Angabe nichtfinanzieller Informationen ab Januar 2017 auf Unternehmen haben?



Die Zeit ist gekommen, sich auf die EU-Datenschutzreform vorzubereiten



Europäische Kommission – Paket mit Maßnahmenentwürfen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung



Die Finanzverwaltung informierte über die Ergebnisse der Kontrollen auf dem Gebiet der Verrechnungspreise



Änderung der Regeln für die Erbringung von Dienstleistungen von Unternehmen von öffentlichem Interesse durch deren Prüfer



Novellierung des Gesetzes über die Strafmündigkeit juristischer Personen und Verfahren gegen sie

German Desk Report – September 2016

einer solchen Verletzung erfahren hat, zu melden. Solche Verletzungen stellen beispielsweise verschiedene Angriffe dar, die zu unvorhergesehenen oder unberechtigten Situationen führen, wie zum Beispiel die Vernichtung, der Verlust, die Änderung oder der unbefugte Zugang zu verarbeiteten oder gespeicherten personenbezogenen Angaben.

Besonders betont wird die Harmonisierung des Datenschutzes in der ganzen Europäischen Union. Angewendet wird vornehmlich der Grundsatz eines Verwaltungsortes, der vornehmlich in den Fällen benutzt wird, in denen eine Unternehmensgruppe Tochtergesellschaften in mehreren Mitgliedsstaaten hat. Diese Gesellschaften werden sich demzufolge an die Überwachungsbehörde in dem Land wenden, in dem sich der Sitz der Muttergesellschaft befindet. Als ein weiteres

Schutzmittel auf EU-Niveau wird der Europäische Rat für Datenschutz gegründet, der sich aus den Leitern der Überwachungsbehörden aus allen Mitgliedstaaten und dem europäischen Datenschutzinspektor zusammensetzen wird. Die Datenschutzverordnung regelt auch Prozessangelegenheiten wie zum Beispiel das Recht des Subjekts, eine Beschwerde bei der Überwachungsbehörde einzulegen oder das Recht, gerichtliche Rechtsmittel der Überwachungsbehörde, dem Verwalter oder dem Bearbeiter gegenüber geltend zu machen.

Die Datenschutzverordnung legt zwei Höhen der Geldbuße je nach der Schwere des Verstoßes der in der Datenschutzverordnung festgesetzten Regeln fest. Erstens handelt es sich um eine Geldbuße bis zu 10 000 000 Euro oder bis zu 2 % des weltweit erzielten Jahresumsatzes des

vorangegangenen Geschäftsjahrs, je nachdem, welcher Betrag höher ist. Zweitens kann beim Verstoß gegen die Schlüsselbestimmungen der Datenschutzordnung (d.h. Prinzipien der Datenverarbeitung, Rechte der Subjekte, Datenübertragung in dritte Länder) eine Geldbuße von bis zu 20 000 000 Euro oder bis zu 4 % des weltweit erzielten Jahresumsatzes des vorangegangenen Geschäftsjahrs auferlegt werden, je nachdem, welcher Betrag höher ist. Eine Geldbuße von dieser Höhe werden auch große internationale Unternehmen spüren.

➤ Umfrage von Deloitte zur Generation Y für das Jahr 2016

➤ Welche Auswirkung wird die neue EU-Richtlinie über die Angabe nichtfinanzieller Informationen ab Januar 2017 auf Unternehmen haben?

➤ Die Zeit ist gekommen, sich auf die EU-Datenschutzreform vorzubereiten

➤ **Europäische Kommission – Paket mit Maßnahmenentwürfen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung**

➤ Die Finanzverwaltung informierte über die Ergebnisse der Kontrollen auf dem Gebiet der Verrechnungspreise

➤ Änderung der Regeln für die Erbringung von Dienstleistungen von Unternehmen von öffentlichem Interesse durch deren Prüfer

➤ Novellierung des Gesetzes über die Strafmündigkeit juristischer Personen und Verfahren gegen sie

German Desk Report – September 2016

Europäische Kommission – Paket mit Maßnahmenentwürfen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung

Das Finanzministerium veröffentlichte das Dokument „Internationale Initiativen gegen die Steuerumgehung bei direkter Besteuerung“.

Das Dokument fasst u. A. auch den Entwurf der sog. Anti-BEPS-Richtlinie der EU über die Steuerumgehung zusammen. Der Entwurf hat im Grundsatz die Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit bestimmter Aufwandsarten (z. B. Zinsen) oder die zusätzliche Besteuerung in ausgewählten Situationen (Wegzugsteuer, ausländisch-beherrschte Gesellschaften) zum Ziel. Dieses Dokument führt ausdrücklich auch eine allgemeine Vorschrift zur Verhinderung von Missbrauch ein, die besagt, dass Zweckgestaltungen für die Zwecke der Besteuerung außer Acht gelassen werden können.

Unlängst (am 17. Juni 2016) wurde dieser Entwurf der sog. Anti-BEPS-Richtlinie der EU auf dem Treffen des Rates für Wirtschaft und Finanzen verhandelt. Dem aktuellen Stand der Verhandlungen zufolge wird von der Umsetzung in die nationalen Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten bis spätestens 31. Dezember 2018 und dem Inkrafttreten am 1. Januar 2019 ausgegangen.

➤ Umfrage von Deloitte zur Generation Y für das Jahr 2016

➤ Welche Auswirkung wird die neue EU-Richtlinie über die Angabe nichtfinanzieller Informationen ab Januar 2017 auf Unternehmen haben?

➤ Die Zeit ist gekommen, sich auf die EU-Datenschutzreform vorzubereiten

➤ Europäische Kommission – Paket mit Maßnahmenentwürfen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung

➤ **Die Finanzverwaltung informierte über die Ergebnisse der Kontrollen auf dem Gebiet der Verrechnungspreise**

➤ Änderung der Regeln für die Erbringung von Dienstleistungen von Unternehmen von öffentlichem Interesse durch deren Prüfer

➤ Novellierung des Gesetzes über die Strafmündigkeit juristischer Personen und Verfahren gegen sie

German Desk Report – September 2016

Die Finanzverwaltung informierte über die Ergebnisse der Kontrollen auf dem Gebiet der Verrechnungspreise

Die tschechische Finanzverwaltung hat die Betonung von Kontrollen der Verrechnungspreise und der Gesamtumstände der Geschäfte zwischen verbundenen Unternehmen deutlich erhöht. Auf einer Pressekonferenz beschrieben ihre Vertreter öffentlich einen konkreten Fall der Umstrukturierung im Konzern, der mit einer hohen Steuernachzahlung endete und in dem die Richtigkeit der Vorgehensweise der Finanzverwaltung auch vom Obersten Verwaltungsgericht bestätigt wurde. Aus der ungewöhnlich offenen Beschreibung der Situation ist ersichtlich, dass sich die Finanzverwalter nicht nur mit formalen Aspekten der Geschäfte mit verbundenen Unternehmen detailliert beschäftigen werden, sondern dass sie sich auch auf die Prüfung solcher Aspekte konzentrieren werden, die vor kurzem noch für nicht erfassbar gehalten wurden und nicht hinterfragt wurden.

Die Steuerpflichtigen müssen damit rechnen, dass sie aufgefordert werden können, einen anderen als einen steuerlichen Zweck der Geschäfte nachzuweisen. Gleichzeitig muss man sich darauf vorbereiten, dass der Steuerpflichtige verpflichtet wird, als Nachweis seiner Behauptungen grundlegende Beweismittel vorzulegen. All diese neuen praktischen Vorgehensweisen fangen an, sich in hohem Maße im Bereich der Verrechnungspreise zu zeigen.

Auf der Pressekonferenz stellten die Vertreter der Finanzverwaltung eine nachträgliche Steuerbemessung in Höhe von 450 Mio. CZK nur für 2015 und weitere 500 Mio. CZK für die ersten Monate des Jahres 2016 vor und wiesen auf eine deutliche Senkung der ausgewiesenen steuerlichen Verluste hin. Im Kontext der Entwicklungen auf der internationalen Bühne ist es klar,

dass diese Vorgehensweisen in nächster Zeit vertieft werden, was die Vertreter der Finanzverwaltung offen als ihre Absicht deklariert haben.

Aus Sicht der Unternehmen ist es also notwendig, sich auf die Kontrollen gründlich vorzubereiten. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass eine Kontrolle der Verrechnungspreise oft unauffällig anfängt, als ob es sich um eine Prüfung der gängigen Aspekte der unternehmerischen Tätigkeit handelte. Erst nachdem Teilinformationen gesammelt wurden, die der Steuerpflichtige ursprünglich zur Erklärung des Bereichs Steuern überreichte, werden diese Scherben zu einem Gesamtbild der Gesellschaft, wie sie die Finanzverwaltung betrachtet, zusammengesetzt. Am häufigsten werden die Gesellschaften dann von der Ansicht der Finanzverwaltung überrascht, die aus den

German Desk Report – September 2016

Umfrage von Deloitte zur Generation Y für das Jahr 2016

Welche Auswirkung wird die neue EU-Richtlinie über die Angabe nichtfinanzieller Informationen ab Januar 2017 auf Unternehmen haben?

Die Zeit ist gekommen, sich auf die EU-Datenschutzreform vorzubereiten

Europäische Kommission – Paket mit Maßnahmenentwürfen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung

Die Finanzverwaltung informiert über die Ergebnisse der Kontrollen auf dem Gebiet der Verrechnungspreise

Änderung der Regeln für die Erbringung von Dienstleistungen Unternehmen von öffentlichem Interesse durch deren Prüfer

Novellierung des Gesetzes über die Strafmündigkeit juristischer Personen und Verfahren gegen sie

zugänglichen Informationen das Bild einer den Gruppeninteressen völlig untergeordneten Gesellschaft zusammensetzt und einwendet, dass es unter dieser Funktions- und Risikoverteilung ausgeschlossen ist, dass die Gesellschaft eine nicht mal durchschnittliche Rentabilität ausweist, so wie sie in den Datenbanken mit vergleichbaren Unternehmen in derselben Branche ausgewiesen wird.

Die Gefahr einer solchen Entwicklung wird dann durch die leichte Übertragung der Kontrollergebnisse in weitere für die Steuerkontrolle offene Perioden und durch den Umfang, der aus der an den Umsatz der Gesellschaft anknüpfenden Anwendung hervorgeht, vertieft. Lediglich eine klare und belegbare Stellung der Gesellschaft kann unerwünschten Auswirkungen vorbeugen und die Finanzverwaltung beim Erlangen von Steuernachzahlungen im Bereich der Verrechnungspreise bremsen.

➤ Umfrage von Deloitte zur Generation Y für das Jahr 2016

➤ Welche Auswirkung wird die neue EU-Richtlinie über die Angabe nichtfinanzieller Informationen ab Januar 2017 auf Unternehmen haben?

➤ Die Zeit ist gekommen, sich auf die EU-Datenschutzreform vorzubereiten

➤ Europäische Kommission – Paket mit Maßnahmenentwürfen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung

➤ Die Finanzverwaltung informierte über die Ergebnisse der Kontrollen auf dem Gebiet der Verrechnungspreise

➤ **Änderung der Regeln für die Erbringung von Dienstleistungen von Unternehmen von öffentlichem Interesse durch deren Prüfer**

➤ Novellierung des Gesetzes über die Strafmündigkeit juristischer Personen und Verfahren gegen sie

German Desk Report – September 2016

Änderung der Regeln für die Erbringung von Dienstleistungen Unternehmen von öffentlichem Interesse durch deren Prüfer

Ab 17. Juni 2016 gelten neue Regeln für sog. Unternehmen von öffentlichem Interesse. Diese Unternehmen werden sowohl in der tschechischen als auch in der europäischen Gesetzgebung definiert. In der Tschechischen Republik sind dies: Emittenten handelbarer Wertpapiere, Kreditinstitute, Versicherungen, Pensions- und Krankenkassen. Die Definitionen der Unternehmen von öffentlichem Interesse können in den einzelnen Mitgliedstaaten leicht voneinander abweichen.

Für die Unternehmen von öffentlichem Interesse gelten die folgenden neuen Anforderungen:

Die erste Anforderung ist die Rotation des Wirtschaftsprüfers (bzw. der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft). In der Tschechischen Republik gilt, dass die Dauer des Abschlussprüfungsmandats

einschließlich Verlängerung 10 Jahre nicht überschreiten darf. Im Gesetz können bestimmte Ausnahmen festgelegt werden. Bei Prüfungsmandaten mit bestehender längerer Laufzeit ist es notwendig, die Übergangsbestimmungen sorgfältig zu verfolgen. Eine weitere Anforderung an die Unternehmen von öffentlichem Interesse stellen definierte Regeln für die Auswahl des Wirtschaftsprüfers dar.

Die europäische Gesetzgebung führt des Weiteren für Unternehmen von öffentlichem Interesse, ihre Muttergesellschaft und die von ihm beherrschten Unternehmen eine Begrenzung bezüglich anderer als Abschlussprüfungsleistungen ein, die vom Wirtschaftsprüfer erbracht werden. Ein Teil der Begrenzung bezieht sich lediglich auf die konkrete Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, ein Teil auf das ganze Netzwerk, im Rahmen dessen die

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ihre Dienstleistungen erbringt.

Bei einigen „verbotenen“ Dienstleistungen ist es möglich, dass der Mitgliedstaat die Gewährleistung solcher Dienstleistungen durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder Unternehmen aus ihrem Netzwerk unter bestimmten Umständen erlaubt. Es handelt sich beispielsweise um Dienstleistungen im Bereich Steuerberatung oder Bewertung.

Ein solches Gesetz wurde in der Tschechischen Republik bereits vorbereitet, jedoch noch nicht verabschiedet und wartet derzeit im Abgeordnetenhaus auf die dritte Lesung. Wir erwarten, dass es bald verabschiedet wird.

Neben diesen Anforderungen legt die europäische Gesetzgebung für Unter-



Umfrage von Deloitte zur Generation Y für das Jahr 2016



Welche Auswirkung wird die neue EU-Richtlinie über die Angabe nichtfinanzieller Informationen ab Januar 2017 auf Unternehmen haben?



Die Zeit ist gekommen, sich auf die EU-Datenschutzreform vorzubereiten



Europäische Kommission – Paket mit Maßnahmenentwürfen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung



Die Finanzverwaltung informierte über die Ergebnisse der Kontrollen auf dem Gebiet der Verrechnungspreise



Änderung der Regeln für die Erbringung von Dienstleistungen Unternehmen von öffentlichem Interesse durch deren Prüfer



Novellierung des Gesetzes über die Strafmündigkeit juristischer Personen und Verfahren gegen sie

German Desk Report – September 2016

nehmen von öffentlichem Interesse noch spezifische Anforderungen an den Prüfungsbericht und den Bericht des Prüfungsausschusses fest.

Generell kann man sagen, dass Rolle und Verpflichtungen des Prüfungsausschusses bei Unternehmen von öffentlichem Interesse aufgrund der Neuregelung zunehmen werden.

Sollte die Problematik des Unternehmens von öffentlichem Interesse Ihre Gesellschaft betreffen, würden wir uns freuen, mit Ihnen ein Treffen zu vereinbaren und die einzelnen, Ihre Gesellschaft betreffenden Änderungen mit Ihnen zu besprechen.

➤ Umfrage von Deloitte zur Generation Y für das Jahr 2016

➤ Welche Auswirkung wird die neue EU-Richtlinie über die Angabe nichtfinanzieller Informationen ab Januar 2017 auf Unternehmen haben?

➤ Die Zeit ist gekommen, sich auf die EU-Datenschutzreform vorzubereiten

➤ Europäische Kommission – Paket mit Maßnahmenentwürfen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung

➤ Die Finanzverwaltung informierte über die Ergebnisse der Kontrollen auf dem Gebiet der Verrechnungspreise

➤ Änderung der Regeln für die Erbringung von Dienstleistungen von Unternehmen von öffentlichem Interesse durch deren Prüfer

➤ **Novellierung des Gesetzes über die Strafmündigkeit juristischer Personen und Verfahren gegen sie**

German Desk Report – September 2016

Novellierung des Gesetzes über die Strafmündigkeit juristischer Personen und Verfahren gegen sie

Möglichkeit der Befreiung juristischer Personen von der Strafmündigkeit durch Einführung ausreichender Vorbeugemaßnahmen?

Am 1. Dezember 2016 tritt die lange besprochene Novelle des Gesetzes Nr. 418/2011 Slg., über die Strafmündigkeit juristischer Personen und Verfahren gegen sie in Kraft. Man kann sagen, dass es sich um die bedeutendste Novelle bezüglich der Strafmündigkeit juristischer Personen seit ihrer Einführung in der Tschechischen Republik handelt. Essenziell sind vornehmlich die Änderungen in zwei Gebieten: Deutliche Erweiterung des Verzeichnisses von Straftaten, für die die juristische Person strafrechtlich verantwortlich sein kann, und Änderungen, die die Zurechnung der Straftat zu einer juristischen Person betreffen. Des Weiteren wurde die Anzahl der Straftaten erhöht, für die auch eine juristische Person, die keinen Sitz in

der Tschechischen Republik hat und eine Straftat im Ausland begangen hat, verantwortlich gemacht werden kann; die Anzahl der Straftaten, bei denen die Strafbarkeit nicht durch tätige Reue erlischt; und die Anzahl der Straftaten, die von der Verjährung ausgeschlossen sind.

Straftaten, für die die juristische Person strafrechtlich verantwortlich sein kann

Seit der Einführung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit juristischer Personen in der Tschechischen Republik war der sachliche Geltungsbereich des Gesetzes abschließend auf die im § 7 des Gesetzes über die Strafmündigkeit juristischer Personen und Verfahren gegen sie angeführten Straftaten begrenzt. Die neue Regelung erweitert den Kreis der Straftaten, für die die juristische Person verantwortlich sein kann, auf sämtliche im tschechi-

schen Strafgesetzbuch (StGB) angeführte Straftaten außer den ausdrücklich ausgeschlossenen. Es handelt sich vornehmlich um Straftaten, welche von juristischen Personen nicht begangen werden können, und um Straftaten, die eng an einen Täter, der eine natürliche Person ist, gebunden sind. Die juristische Person kann demzufolge zum Beispiel nicht für die Straftaten Totschlag (§ 141 StGB), Kinderaussetzung (§ 195 StGB) oder Trunksucht (§ 360 StGB) verfolgt werden. Selbst der neuen Regelung zufolge wird es jedoch nicht möglich sein, die juristische Person für den Verstoß gegen die Wettbewerbsregeln nach § 248 Abs. 2 StGB zu verfolgen.

Zurechnung von Handlungen der juristischen Person

Der bestehenden Regelung zufolge versteht man unter einer von einer juristischen Person begangenen Straftat eine

Umfrage von Deloitte zur Generation Y für das Jahr 2016

Welche Auswirkung wird die neue EU-Richtlinie über die Angabe nichtfinanzieller Informationen ab Januar 2017 auf Unternehmen haben?

Die Zeit ist gekommen, sich auf die EU-Datenschutzreform vorzubereiten

Europäische Kommission – Paket mit Maßnahmenentwürfen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung

Die Finanzverwaltung informierte über die Ergebnisse der Kontrollen auf dem Gebiet der Verrechnungspreise

Änderung der Regeln für die Erbringung von Dienstleistungen von Unternehmen von öffentlichem Interesse durch deren Prüfer

Novellierung des Gesetzes über die Strafmündigkeit juristischer Personen und Verfahren gegen sie

German Desk Report – September 2016

rechtswidrige Tat, die in ihrem Namen, in ihrem Interesse oder im Rahmen ihrer Tätigkeit begangen wurde. Die Novelle schränkt dies auf rechtswidrige Taten ein, die im Interesse oder im Rahmen der Tätigkeit einer juristischen Person begangen wurden, jedoch nicht in ihrem Namen. Des Weiteren wurde der Personenkreis, deren Handlung einer juristischen Person zugerechnet werden kann, wie folgt eingeschränkt:

- a) Satzungsmäßiges Organ oder Mitglied des satzungsmäßigen Organs oder eine andere Person, die im Rahmen der juristischen Person eine Führungsposition einnimmt
- b) Führungskraft im Rahmen der juristischen Person, die bei dieser juristischen Person Tätigkeiten im Bereich Leitung oder Kontrolle ausübt, obwohl sie keine unter a) angeführte Person ist

c) Eine Person, die maßgeblichen Einfluss auf die Leitung einer juristischen Person ausübt, wenn ihre Handlung die Folgen der strafbaren Handlung der juristischen Person zumindest mitauslöst

d) Ein Arbeitnehmer oder eine Person in gleichartiger Stellung (nachfolgend nur „der Arbeitnehmer“) bei der Ausübung seiner Aufgaben, auch wenn er keine der unter a) bis c) angeführten Personen ist.

Eine zentrale Änderung stellt die Einführung der Möglichkeit dar, sich der Strafmündigkeit in den Fällen zu entledigen, in denen die oben angeführten Personen gehandelt haben. Der bestehenden Regelung zufolge ist es möglich, dass der juristischen Person die Handlung eines Arbeitnehmers nicht zugerechnet wird, wenn die juristische Person hinreichende Vorbeuge-

und Kontrollmaßnahmen getroffen hat. Diese Regelung wurde hinsichtlich der Unmöglichkeit, sich in offensichtlichen Fällen des Irrtums anderer Personen zu entlasten, als unzureichend kritisiert. Die angeführte Auslegung der Strafmündigkeit juristischer Personen wurde in der Praxis oft als objektive Strafmündigkeit juristischer Personen interpretiert, und aus demselben Grund wurde sie als im Widerspruch zu der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten stehend kritisiert.

Die Novelle ermöglicht also der juristischen Person, sich von der Strafmündigkeit zu entbinden, wenn sie „alle Bemühungen unternommen hat, die man von ihr rechtmäßig fordern konnte“, um das Begehen einer rechtswidrigen Tat durch die oben angeführten Personen zu verhindern. Diese Neuerung ermöglicht es

➤ Umfrage von Deloitte zur Generation Y für das Jahr 2016

➤ Welche Auswirkung wird die neue EU-Richtlinie über die Angabe nichtfinanzieller Informationen ab Januar 2017 auf Unternehmen haben?

➤ Die Zeit ist gekommen, sich auf die EU-Datenschutzreform vorzubereiten

➤ Europäische Kommission – Paket mit Maßnahmenentwürfen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung

➤ Die Finanzverwaltung informierte über die Ergebnisse der Kontrollen auf dem Gebiet der Verrechnungspreise

➤ Änderung der Regeln für die Erbringung von Dienstleistungen von Unternehmen von öffentlichem Interesse durch deren Prüfer

➤ Novellierung des Gesetzes über die Strafmündigkeit juristischer Personen und Verfahren gegen sie

German Desk Report – September 2016

den juristischen Personen, der Entstehung der Strafmündigkeit im Falle von Exzessen natürlicher Personen durch präventive Maßnahmen, vornehmlich durch die Einführung von hinreichenden Compliance-Programmen, vorzubeugen. Zur Entlastung der juristischen Person wird es jedoch nicht ausreichen, wenn die juristische Person diese Maßnahmen lediglich formal einführt, aber die Durchführung der Maßnahmen, ihre Kontrolle und die Verfolgung der Nichteinhaltung dieser Maßnahmen nicht mehr sicherstellt.

Als problematisch kann das Nichtvorhandensein von verbindlichen Regeln für die Erstellung von Programmen, die das Kriterium „aller Bemühungen, die rechtmäßig gefordert werden können“, erfüllen würden, betrachtet werden. Im Ausland gibt es ähnliche Methodiken zum Beispiel in Großbritannien oder Spanien.

Erlöschen der Strafmündigkeit durch tätige Reue

Die Aufzählung von Straftaten, bei denen die Strafmündigkeit der juristischen Person durch tätige Reue nicht erlischt, wurde um die folgenden Straftaten erweitert: Schiebung beim Insolvenzverfahren (§ 226 StGB), Verstoß gegen die Wettbewerbsregeln (§ 248 Abs. 1 Buchst. e) StGB), Vereinbarung von Vorteilen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, bei öffentlichen Ausschreibungen und öffentlichen Versteigerungen (§ 256 Abs. 3 oder 4 StGB), Schiebung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und bei öffentlichen Ausschreibungen (§ 257 Abs. 1 Buchst. b) oder c) StGB) und Schiebung bei der öffentlichen Versteigerung (§ 258 Abs. 1 Buchst. b) oder c) StGB). Vor der Novellierung wurde die Aufzählung auf Straftaten begrenzt, die mit Korruption verbunden waren: passive Bestechung (§ 331 StGB), aktive Bestechung (§ 332 StGB) und mittelbare Bestechlichkeit (§ 333 StGB).

Was ist für juristische Personen wichtig

Juristische Personen sollten sich dessen bewusst werden, dass Vorbeuge- und Kontrollmechanismen, die in dem Unternehmen implementiert wurden, bei der Möglichkeit der juristischen Person, sich von der strafrechtlichen Verantwortung zu entlasten, eine bedeutende Rolle spielen werden. Dabei kann man sich nicht auf formale Maßnahmen verlassen, sondern darauf, wie diese Maßnahmen in der Praxis eingehalten und aufgenommen werden. Wenn die juristische Person Verstöße gegen interne Regelungen duldet, werden diese mit höchster Wahrscheinlichkeit bei dem Test „aller Bemühungen“ nicht durchkommen.

➤ Umfrage von Deloitte zur Generation Y für das Jahr 2016

➤ Welche Auswirkung wird die neue EU-Richtlinie über die Angabe nichtfinanzieller Informationen ab Januar 2017 auf Unternehmen haben?

➤ Die Zeit ist gekommen, sich auf die EU-Datenschutzreform vorzubereiten

➤ Europäische Kommission – Paket mit Maßnahmenentwürfen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung

➤ Die Finanzverwaltung informierte über die Ergebnisse der Kontrollen auf dem Gebiet der Verrechnungspreise

➤ Änderung der Regeln für die Erbringung von Dienstleistungen von Unternehmen von öffentlichem Interesse durch deren Prüfer

➤ Novellierung des Gesetzes über die Strafmündigkeit juristischer Personen und Verfahren gegen sie

Kontakte

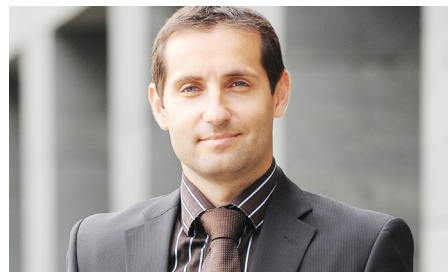


Jörg Wiederhold

German Desk Partner

+420 246 042 805

jwiederhold@deloittece.com



Pavel Snobl

Manager

+420 246 042 540

psnobl@deloittece.com



Barbora Davidova

Senior Consultant

+420 246 042 533

bdavidova@deloittece.com

Deloitte Advisory s.r.o.

Nile House, Karolinská 654/2, 186 00 Praha 8 - Karlín, Tschechische Republik

Tel.: +420 246 042 500, Fax: +420 246 042 555

www.deloitte.cz

Deloitte bezieht sich auf eines oder mehrere Unternehmen von Deloitte Touche Tohmatsu Limited („DTTL“), Gesellschaft mit beschränkter Haftung nach britischem Recht, ihre Mitgliedsunternehmen und verbundene Subjekte. Die DTTL und jedes ihrer Mitgliedsunternehmen sind selbstständige und unabhängige Rechtssubjekte. Die DTTL (auch als „Deloitte Global“ bezeichnet) als solche gewährt keine Dienstleistungen an Klienten. Eine detaillierte Beschreibung der Rechtsstruktur von Deloitte Touche Tohmatsu Limited und deren Mitgliedsunternehmen finden Sie unter www.deloitte.com/cz/about.

Deloitte in Mitteleuropa ist eine regionale Organisation von Einheiten, die unter dem Dach der Deloitte Central Europe Holdings Limited vereinigt sind, die eine Mitgliedsfirma des Deloitte Touche Tohmatsu Limited-Vereins in Mitteleuropa ist. Die Fachdienstleistungen werden von den Tochter- und verbundenen Unternehmen der Deloitte Central Europe Holdings Limited erbracht, die selbstständige und unabhängige Rechtssubjekte sind. Die Tochter- und verbundenen Unternehmen der Deloitte Central Europe Holdings Limited gehören in der mitteleuropäischen Region zu den führenden Unternehmen, die ihre Dienstleistungen mittels ihrer mehr als 3 900 Mitarbeiter aus 34 Büros in 17 Ländern gewähren.